

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 36

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ultra-Anschlag, aber diesmal auf de Gaulle

Wenig fehlte, und General de Gaulle wäre letzte Woche einem von langer Hand vorbereiteten Anschlag rechtsextremer Putschisten zum Opfer gefallen, was nicht nur für Frankreich, sondern auch für Europa eine schwerste Krise bedeutet hätte. Der Vorfall zeigt, dass der Fanatismus der Ultras, obwohl er das Rad der Entwicklung nicht mehr zurückdrehen kann, immer noch imstande ist, eine Katastrophe herbeizuführen, die dem Westen «gerade noch fehlen» würde.

Der Attentatsversuch ereignete sich, als der Präsident am Freitagabend zu seinem Wochenendaufenthalt nach Colombey-les-deux-Eglises fuhr. Nur dem Umstand, dass die Plastikbombe schlecht aufbewahrt worden war, liess de Gaulle dem Anschlag entkommen, der sonst mit Vorbedacht und Umsicht geplant war.

Der Mann der den Mordversuch direkt unternommen hatte, Martial de Villemandy, wurde rasch verhaftet. Als Urheber aber wurden zwei angesehene Generäle festgenommen, beides OAS-Führer, Jean Crevecoeur und Paul Vanuxem. Sie kommen, wie Informationsminister Frey unmissverständlich erkennen liess, aus dem Kreis um General Salan, dem früheren Putschisten-Anführer. Der Befehl zum Attentat soll nach Aussage der Verhafteten vor drei Wochen in Algier durch einen Oberst Godard ausgegeben worden sein.

Die Ultras haben also (was schon die kürzlich gegründete «Exilregierung für ein Französisches Algerien» auf den Balearen zeigte) nicht begriffen, dass ihre Rolle ausgespielt ist, oder sie ziehen es bewusst vor, den aufbauenden Kräften Spielverderber zu sein, wenn sie schon selbst nicht siegen können. Anscheinend sah man in diesen Kreisen doch eine gewisse Hoffnung auf einen erfolgreichen

Putsch, wenn erst de Gaulle beiseitigt wäre, der eben doch das Vertrauen des französischen Volkes (und der Verbündeten Frankreichs) besitzt.

Heute sieht man, wie recht der Präsident hatte, dass er die ausserordentlichen Vollmachten, die er nach dem letzten Militäraufstand in Algier auf verfassungsmässige Weise übernommen hatte, bis jetzt nicht aus der Hand gab. Die Ultras können sich heute nichts mehr nützen, aber sie können der Sache Frankreichs und der freien Welt noch sehr viel schaden.

Dem Attentat folgten in Paris Grossrazien und an verschiedenen Orten Schiessereien, vorwiegend zwischen Nordafrikanern.

Verhandlungen um Bizerta

Ueber das Wochenende bahnten sich Verhandlungen zwischen Tunesien und Frankreich um die Bizerta-Frage an. Burgiba erklärte sich bereit, auf Grundlage der von de Gaulle festgelegten Bedingungen zu diskutieren. Allerdings gab er zu verstehen, dass jede andere Lösung als der endgültige Abzug der französischen Truppen nur provisorisch zu verstehen sei (gerade diese Formulierung hätte vor ein paar Wochen die schweren Auseinandersetzungen verhüten können). Als Grund seiner gegenwärtigen und vorläufigen Einlenkungsbereitschaft zur Frage der Benützung des Stützpunktes führte Burgiba die jetzige Weltkrise an.

Brasiliens Chance

Durch eine Kompromisslösung, die Annahme Goularts als Präsident mit eingeschränkten Funktionen, konnten in Brasilien offene Wirren vorläufig vermieden werden. Damit hat das Land noch eine Chance auf demokratische Entwicklung erhalten. Die Bewährungsproben werden immer noch hart genug sein.

Goulart hatte einer vom Parlament angenommenen Verfassungsänderung zugestimmt, wonach dem Staatsoberhaupt die repräsentativen Funktionen eines Präsidenten übrig blieben, während an der Spitze der Exekutive ein Ministerpräsident einzusetzen sei, der die eigentliche Regierungsgewalt innehatte.

Der Kongress stimmte der Ernennung des Sozialdemokraten Tancredino Neves zum Ministerpräsidenten zu, von dem man die Fortführung der bisherigen Politik im Sinne der Arbeiterpartei erwartet. Der 52jährige Bankier war bereits für die beiden früheren Präsidenten Kubitschek und Quadros tätig gewesen und scheint bis anhin mehr Finanzfachmann gewesen zu sein.

Die Investitur Goularts als Präsident nach der neuen Definition konnte in Brasilia stattfinden.

Die Bestellung des Kabinetts verursachte noch etliche Schwierigkeiten, die indessen überwunden wurden. Unter anderem wurden sämtliche bisherige Militärrminister ersetzt, und auch der umstrittene Aussenminister Quadros', Alfonso Arinos, wurde abgelöst, und zwar durch Santiago Dantas (Arbeiterpartei).

Der neue Ministerrat trat unter dem Vorsitz Goularts bereits zu seiner ersten Sitzung zusammen, die der Wiederherstellung normaler Zustände im Lande galt.

Damit ist Brasilien anscheinend um das schlimme Dilemma Militärdiktatur oder linksextreme Revolution herumgekommen. Nun hängt alles davon ab, ob sich die wirtschaftliche Festigung und die sozialen Reformen auf demokratische und rechtsstaatliche Weise durchführen lassen. Eine neue Krise würde vielleicht weniger glimpflich verlaufen.

Parteitagliste

Die Moskauer Vertretung am sowjetischen Parteitag vom Oktober ist von Tass veröffentlicht worden. Von den ZK-Präsidiumsmitgliedern fehlen die Namen von Awerky Aristow und Nikolaus Podgorny, die beide diesen Frühling in Ungnade fielen.

Aristow, bis zum Februar Vizeministerpräsident der RSFSR, wurde dann als Botschafter nach Warschau geschickt, und Podgorny, erster ZK-Sekretär der Ukraine, war von Chruschtschew im Rahmen seiner grossen Agrarpolitik vor dem Zentralkomitee heftig angegriffen worden.

Atomrüstung und Berlinkrise

Während die sowjetischen Atombombenversuche serienweise fortgesetzt wurden und immer grössere Kontingente sowjetischer Kolonialtruppen durch Polen nach der SBZ rollen, versicherte Chruschtschew dem «Vermittler» Nehru seine Verhandlungsbereitschaft und regte ein erneutes Gespräch mit Kennedy an.

Der Parteichef lehnte — wie nicht anders erwartet — den anglo-amerikanischen Vorschlag ab, Atomversuche in der Atmosphäre einzustellen, und forderte einmal mehr von den Westmächten totale Abrüstung. Er werde, stellte Chruschtschew zuhanden der Weltöffentlichkeit in Aussicht, mit den Kernwaffentests nach Unterzeichnung des Friedensvertrages aufhören. (Laut Gomulka wäre der einseitige Friedensvertrag der kommunistischen Länder mit der DDR auf Dezember zu erwarten.)

Die Vereinigten Staaten haben sich ihrerseits gezwungen gesehen, die Kernwaffenversuche ebenfalls — aber nur unterirdisch — aufzunehmen. Die Genfer Konferenz zum Atomstop, die schon längst zum blossen Schauspiel degradiert war, wurde endlich abgebrochen.

Das amerikanische Verteidigungsministerium ordnete die Entsendung einer Verstärkung von 40 000 Mann nach Europa an, womit die amerikanischen Truppen einen Bestand von 250 000 Mann aufweisen werden.

In Warschau fand eine zweitägige Kriegsministerkonferenz der Warschauerpaktstaaten statt, wo «praktische Massnahmen zur

Stärkung der Verteidigung» beschlossen wurden.

In der Zone

ist eine Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsnormen angelaufen, die als «Hauptweg zum Frieden» und als «Aktionsprogramm für den Abschluss des Friedensvertrages» betrachtet zu werden hat. «Neues Deutschland» hat die Parole ausgegeben: «In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren.»

Der Terror gegen die Bevölkerung nimmt immer schärfere Formen an. Das Erzählen eines politischen Witzes genügt für eineinhalb Jahre Gefängnis und geflüsterte Vergleiche mit dem Zustand vor tausend und zwanzig Jahren zogen noch schärfere Strafen nach sich.

Besonders heftig gehen die Behörden und die «Freie Deutsche Jugend» (FDJ, die neue HJ) gegen Hörer westlicher Radiosender vor, wobei die Bürger von den uniformierten Jugendbanden regelrecht terrorisiert werden.

Immer noch glücken einzelne Fälle der lebensgefährlichen Flucht in den Westen. Die Angehörigen der Geflüchteten haben Repressalien wegen Beihilfe zu gewärtigen, die ebenfalls mit längeren Freiheitsstrafen geahndet wird.

Am Rande ...

Eine Flugzeugkatastrophe in Irland forderte 83 Todesopfer, darunter zwei Schweizer.

*

Die amerikanische Marine hat mit dem Kreuzer «Long Beach» das erste Ueberwasserkriegsschiff mit Atomtrieb in Dienst gestellt.

*

Die katangische Regierung hat Rafael Bintu, den Ministerpräsidenten von Südkasai, freigelassen. Er war zwei Wochen zuvor wegen «Gefährdung der Sicherheit Katangas» verhaftet worden. Seine Freilassung wird als Versuch betrachtet, die gegenwärtige Spannung zwischen Tschombé und der Zentralregierung (vorläufig noch Regierung Gizenga?) zu lindern.